

Volksstimme

zugleich Volksstimme für Bielitz

Geschäftsstelle der „Volksstimme“ Bielitz, Republikańska Nr. 4. — Telefon Nr. 1294
Organ der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei in Polen

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Pommern-Schlesien je mm 0,12 Złoty für die achtspaltige Zeile, außerhalb 0,15 Złp. Anzeigen unter Text 0,60 Złp. von außerhalb 0,80 Złp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Abonnement: Vierteljährig vom 1. bis 15. 2. ct 1,65 Zł, durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zł zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königsbrunn Kronprinzstraße 6, sowie durch die Kolporteurs

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29 (ul. Kosciuszki 29).

Postfachkonto P. R. D., Filiale Kattowitz, 300174.

Fernsprech-Anschluss: Geschäftsstelle sowie Redaktion Nr. 2097

Eine neue Fünfmächtekonferenz?

Englands Bemühungen — Frankreichs innere Schwierigkeiten — Die deutsche Gleichberechtigung noch nicht gelöst? — Ein neuer Vorstoß Frankreichs

London. An zuständiger Stelle wird im Zusammenhang mit Pressemeldungen zugegeben, daß der erste Vortragsrat der britischen Botschaft in Paris, Wigram, sich zur Zeit in Genf befinde, um die Möglichkeit einer neuen Fünfmächte-Besprechung zu erörtern, die sich mit der praktischen Gleichberechtigung Deutschlands und den französischen Sicherheitsforderungen beschäftigen soll. An maßgebender Stelle in London sei man der Auffassung, daß eine offizielle Anregung zu einer Fünfmächte-Konferenz vorläufig nicht wünschenswert sei, um den kleineren Mächten nicht die Möglichkeit zu erneuten Beschwerden über ihre Ausschaltung zu geben. Man wolle in England auch Rücksicht auf die inneren Verhältnisse in Frankreich nehmen, betrachte aber grundsätzlich eine Fünfmächte-Konferenz als erstrebenswertes Ziel.

Die grundsätzlichen deutschen Forderungen

Genf. Von zuständiger deutscher Seite wird zu den jetzt einsehenden sachlichen Verhandlungen im Präsidium und des Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz mitgeteilt, daß nach der Veröffentlichung des Arbeitsprogramms der englischen Regierung auf deutscher Seite ein eingehendes Abrüstungsprogramm aufgestellt worden sei. Es hat sich aber ergeben, daß eine Veröffentlichung und offizielle Einrichtung dieses Programms nicht zweckmäßig gewesen wäre. Die deutsche Abordnung wird mit den weiteren Verhandlungen mit Rücksicht auf den grundsätzlichen Standpunkt vertreten, daß weitestgehende Ausproben und technische Sachverständigenprüfungen nicht mehr zugelassen werden könnten, und daß jetzt nur durch Abstimmungen die unbedingt notwendigen Entscheidungen herbeizuführen seien. Die deutsche Abordnung werde jetzt jeder Ausprache über die Gleichberechtigung Frage widersprechen und zu den einzelnen Punkten des Arbeitsprogramms die praktische Anwendung der Deutschland zuerkannten Gleichberechtigung fordern.

Die Grundlage der deutschen Abänderungsvorschläge sei

1. die als verboten zu erklärenden schweren Angriffswaffen müssen zerstört werden.

2. der deutsche Rüstungsstand ist in Zukunft von dem Rüstungsstand der übrigen Mächte abhängig zu machen.

Ferner wird von deutscher Seite beantragt werden, daß in dem kommenden Abrüstungsabkommen die effektive Truppenstärke eines jeden Landes festgesetzt wird.

Frankreich stellt die Regelung der Gleichberechtigungsfrage in Abrede

Genf. Die Donnerstag-Sitzung des Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz nahm einen interessanten Verlauf. Auf die Feststellung des Vorkonferenzen-Vorsitzenden hin, daß die Gleichberechtigungsfrage bereits grundsätzlich und endgültig in der Fünfmächteerklärung vom 11. Dezember geregelt sei, gab Paul Boncour eine Erklärung ab, in der er die Regelung der Gleichberechtigungsfrage vollständig in Abrede stellte. Ueber die Tragweite der Fünfmächteverein-



Otto Wels

der Parteivorstände der S. P. D. bei seiner Ansprache, in der er den entschlossenen Abwehrwillen der Arbeiterschaft gegen jede Diktatur zum Ausdruck brachte.

barung seien durchaus verschiedene Auffassungen vorhanden. Die Erklärung binde die Konferenz nicht und sei lediglich eine Vereinbarung zwischen einigen Mächten.

Die Gleichberechtigungsfrage könne nur in unlösbarem Zusammenhang mit der Organisation der europäischen Sicherheit behandelt werden.

Die französische Regierung hat damit zum ersten Mal die am 11. Dezember getroffene Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung abgelehnt. Napolny meldete sich daraufhin ungerührt zum Wort. Ebenso hat der englische Staatssekretär Eden den Präsidenten um das Wort zu einer Beantwortung der an ihn von Napolny gerichteten Frage, ob die englische Regierung den deutschen Standpunkt über die endgültige Regelung der Gleichberechtigungsfrage teile. Henderson lehnte es jedoch ab, den Vertretern Deutschlands und Englands das Wort zu erteilen mit der Begründung, daß die Sitzung des Präsidiums wegen anderweitiger Sitzungen des Völkerbundes geschlossen werden müsse.

Revolutionsfieber?

Seit Hitler die politische Macht in Deutschland aus der Hand Hindenburgs geklärt erhielt, wird er nicht müde, in allen Tonarten den Marxismus zu „vernichten“. Wahrscheinlich unter dem Eindruck der Hunderttausende, die am Dienstag abends den Lustgarten Berlins bevölkerten und darüber hinaus alle Zugangsplätze ausfüllten, fühlt sich der Reichkanzler von Papens Gnaden bemüht, der staunenden Mitwelt mitzuteilen, daß er in nicht weniger als zehn Jahren den Marxismus in Deutschland ausgerottet wird. Hitler ist schon viel bescheidener geworden, als Inhaber der politischen Macht, denn früher als nationalsozialistischer Agitator, wollte er nicht nur die Köpfe rollen lassen, sondern auch mit den „Novemberverbrechern“ blutige Abrechnung halten. Heute verlängert er seine Zusage bereits auf zehn Jahre und beweist damit, daß es Phrasen waren, wenn der Marxismus so standhaft ist, daß selbst ein Hitler zehn Jahre Zeit braucht, um ihn auszurotten. Man kann diese Bescheidenheit verstehen, wenn man den Inhalt der Rede kennt, mit der Genosse Otto Wels, der Parteiführer, mit dem System Hitler-Papen-Hugenberg abrechnete und ankündigte, daß es nie zur Erfüllung des nationalsozialistischen Vierjahresplanes kommen wird, weil das System in sich selbst zusammenbricht und zwar weniger an der Opposition, aber viel natürlicher und schneller an der inneren Unhaltbarkeit der „nationalen Front“, die kaum, daß der Wahlkampf eröffnet ist, bereits in allen Fugen kracht. Hugenberg spielt in seiner Presse bereits den Betrogenen und ermahnt seine Harzburger Freunde, die Einigkeit zu wahren, während die nationalsozialistische Presse mit immer größerer Deutlichkeit ausplaudert, daß in diesem Wahlkampf gar nicht um die Mehrheit im Reichstag gekämpft wird, sondern um Hitlers Macht, die er auf keinen Fall wieder aus der Hand legen wird. Es wird also nach den Reichstagswahlen Hugenberg und Papen nichts übrig bleiben, als ihren Kanzler Hitler, mittels des Reichswehrministers Blomberg, aus der Macht zu heben und der Vizekanzler hat ja dieses Experiment schon einmal mit der Preußenregierung vollzogen, so daß ihm diese Aufgabe nicht allzu schwer fallen dürfte. Denn während die Deutschnationalen noch auf der Suche nach der „nationalen Blockierung“ sind, hat sich Hitler zum Spitzenkandidaten aller Bezirke aufgeschwungen, wahrscheinlich, um als Abgeordneter eventuell „immun“ zu sein, wenn er aus dem Sattel der politischen Macht gehoben wird. Die Herrlichkeit, die auf einen „Vierjahresplan“ und auf einen zehnjährigen Kampf gegen den Marxismus berechnet ist, kracht also schon in den ersten Wochen und es erscheint ziemlich fraglich, ob sie ganze vier Monate dauern wird.

Seit vierzehn Jahren, so berichtet Hitler, kämpft er gegen den Marxismus und will, wie dies in seinem Interview für die Presse zum Ausdruck kam, noch zehn Jahre kämpfen, um ihn vollständig zu vernichten. Während die Nazimordpest über Deutschland rast, hat die Regierung des „neuen Deutschlands“ mit dem „Aufmarsch der Nation“, nichts Besseres zu bieten, als den Bürgerkrieg in Permanenz und dazu ein Regierungsprogramm, welches nichtslegend und phrasenreich für eine politisch ausgewiegelt Leidenschaft bestimmt ist, mit dem einzigen positiven Ziel, die Vorherrschaft der Arbeiterklasse zu vernichten. Nun, es steht ja heute so ziemlich historisch fest, daß Hitlers „Bewegung“ ihr Dasein der Reichswehrführung und der Großindustrie verdankt und auch daran zugrunde gehen wird. Hitlers Kampf gegen den Marxismus, ist die letzte Phase eines Revolutionsprozesses, der seinen Anfang im November 1918 nahm und der keinesfalls beendet ist, der aber unstrittig mit einer Niederlage des Nationalismus abgeschlossen wird und mit einem Sieg der Arbeiterklasse neuen Auftrieb zu dem Ziel erhält, wofür die Massen seit Jahrzehnten gekämpft haben, um die Umwandlung des bürgerlichen Staats in eine sozialistische Gesellschaft. Hitler bleibt, trotz aller nationalen Phrasen ein Fremdkörper dem deutschen Menschen gegenüber und es bleibt das historische Verdienst der Sozialdemokratie gerade den deutschen Menschen in der Arbeiterklasse geweckt zu haben. Das Urteil und die Verdienste der Sozialdemokratie stehen heute unbestritten da, kein Phrasen wie Hitler, vermag an dieser Tatsache etwas zu ändern. An dieser nationalsozialistischen Phrasologie ist das Erbe Bismarcks zugrunde gegangen, die militärischen Bürger vermochten nicht den Krieg rechtzeitig zu beenden und aus dem Zusammenbruch heraus, übernahm die deutsche Arbeiterklasse das Werk des Aufbaus. Hören wir, was darüber Friedrich

Kein Nachgeben Amerikas

Roosevelts Standpunkt zu der Kriegsschuldenfrage

Washington. In Kreisen der nächsten Umgebung Roosevelts wird erklärt, Roosevelt habe in Sachen der Kriegsschuldenfrage seinen Standpunkt in folgenden vier Punkten festgelegt:

1. Die Kriegsschulden seien als Schulden wie jede andere zu betrachten.
2. Die amerikanische Regierung werde mit jedem Schuldnerlande einzeln verhandeln.
3. Bei den Verhandlungen müsse die Zahlungsfähigkeit des Schuldnerlandes berücksichtigt werden.
4. Die Kriegsschulden seien scharf von den Reparationen zu trennen.

Ferner wird darauf hingewiesen, daß der britische Vorschlag, die Kriegsschulden durch eine 10prozentige Abschlagszahlung entsprechend dem Louvain-Abkommen zu regeln, für

Roosevelt unannehmbar seien. Roosevelt sei im übrigen der Ansicht, daß persönliche Besprechungen großen Konferenzen vorzuziehen seien. Er telephoniere fast täglich mit Macdonald und habe die Demokraten im amerikanischen Kongress ersucht, seine Vorbesprechungen nicht durch vorläufige Debatten zu stören. Infolge dessen kommen Kritiken über die englischen Vorschläge fast ausschließlich von republikanischer Seite.

Papen über die deutsch-französischen Beziehungen

Berlin. Vizekanzler von Papen hat einem französischen Pressevertreter eine Unterredung gewährt, in der er auf die Voraussetzungen einer deutsch-französischen Verständigung einging und Frankreich den Vorwurf machte, es verhindere mit seiner Gewaltpolitik im Interesse Europas notwendige Entspannung.

Meinecke, ein anerkannter objektiver Historiker in seinem Werk über „Staat und Persönlichkeit“ sagt, bei der Beurteilung des Kriegsausgangs: „Der Krieg selber erwies sich als die stärkste der revolutionierenden Kräfte. Das historische Verdienst der Mehrheitssozialdemokratie ist und bleibt, daß sie die „unvermeidlich“ gewordene Revolution „aufgefangen“ und den Zusammenstoß der proletarischen mit der bürgerlichen Welt gemildert hat, durch die Parole der reinen Demokratie, innerhalb derer ein dauerhafter, sozialer Friede in Zukunft allein noch möglich war.“ Das ist die Rolle, die die Sozialdemokratie von der Geschichte zugewiesen erhielt, als die bürgerliche Welt und das kaiserliche Deutschland versagt haben. Sie konnte diese Rolle nur erfüllen, dank der marxistischen Schulung, die sie Jahrzehnte hindurch der Arbeiterklasse gewährt hat.

Jetzt kommt ein politischer Abenteuerer und will in zehn Jahren den Marxismus vernichten, der Arbeiterklasse jene Rechte rauben, die sie sich selbst erkämpft hat. Man verzweifelt in den Kreisen, die den heutigen Kurs in Deutschland beeinflussen, daß die sozialdemokratischen Arbeitermassen keine Ursachen haben, sich in den Bürgerkrieg auf Hitlers Wunsch treiben zu lassen, sondern jene historische Stunde abzuwarten, wo sie fähig sein werden, das Werk von 1918 fortzusetzen, und man kann den Reaktionen versichern, daß es nicht mehr so demokratisch zugehen wird, wie im November 1918, als noch auf die Truppen der Entente Rücksicht genommen werden mußte, als die Beschaffung von den notwendigsten Nahrungsmitteln, im Vordergrund jeder politischen Aufgabe stand, als die Voraussetzung zur Verlängerung des Waffenstillstandes davon abhängig gemacht wurde, daß die Novemberverbrecher die innere Ruhe in Deutschland zu garantieren vermögen. Damals gab es weder einen Papen, noch einen Hugenberg, die diese Aufgabe auf sich nahmen, damals überließ man alles den Marxisten und nebenbei war es gerade der Novemberverbrecher Lobe, der für die Aufhebung des Redeverbotes für Hitler eintrat. Nun, die Sozialdemokratie und mit ihr die ganze Arbeiterklasse Deutschlands, wird gern zur Kenntnis nehmen, daß man sogar zehn Jahre opfern will, um den Marxismus zu vernichten. Aber neugierig wären wir, zu erfahren, wie sich Hitler die Vernichtung des Marxismus in Frankreich und England, in Belgien und den nordischen Staaten, vor allem aber in Rußland, denkt. Oder ist ihm dieser Marxismus angenehmer und nur der deutsche Marxismus der Vernichtung wert? Man kann nicht anders, als festzustellen, daß Hitler und seine Trabanten merken, daß Deutschland bereits im Revolutionsfieber steht und daß nicht die Marxisten der Vernichtung preisgegeben sind, sondern die Phrasenreue des nationalistischen Deutschlands, das sie bereits einmal an den Abgrund gebracht haben und froh waren, daß sich Marxisten fanden, die es aus dem Dreck des Nationalismus hervorzogen und jene Aufbauarbeit leisteten, die jetzt wieder vernichtet werden soll. —ll.

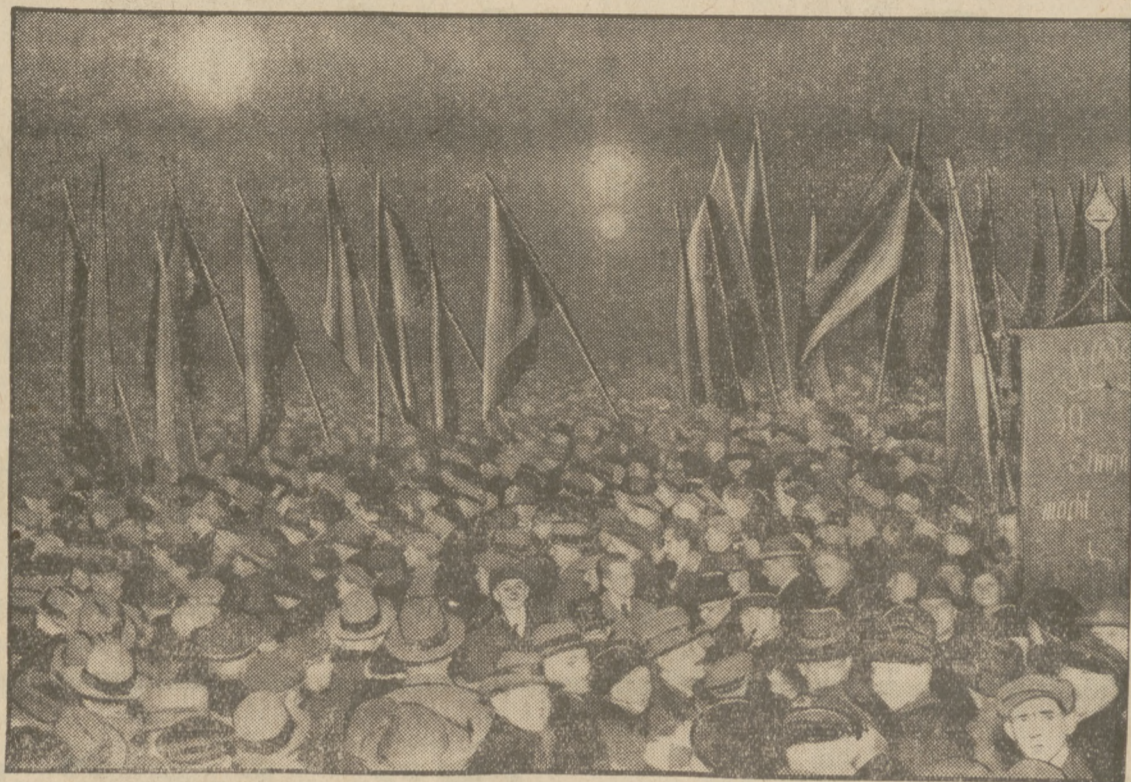
Die Anfrage des 19-er Ausschusses an Japan überreicht

Genf. Der Generalsekretär des Völkerbundes hat Donnerstag abend die vom 19-er Ausschuss beschlossene schriftliche Anfrage an die japanische Abordnung übermittelt. Die japanische Regierung wird in dem Schreiben um Bestätigung der Auffassung des 19-er Ausschusses ersucht. Weiter heißt es darin, der 19-er Ausschuss nehme an, daß die japanische Regierung den Punkt 7 des Kapitels 9 des Lintonberichts annehmen werde. Danach werde die Souveränität Chinas in der Mandschurei weiter aufrecht erhalten. Hieraus folge, daß die Aufrechterhaltung des mandschurischen Staates nicht möglich sei, daß vielmehr in der Mandschurei ein Zustand hergestellt werden müsse, nach dem unter Anerkennung der Souveränität Chinas die Ordnung und Sicherheit garantiert werde. Den berechtigten Interessen Japans sei dabei Rechnung zu tragen.

600000 Mark für die amerikanische Weltwirtschaftskonferenzabordnung

Washington. Der amerikanische Senat bewilligte am Donnerstag 150 000 Dollar (rund 600 000 Rmk.) für die amerikanische Abordnung auf der Weltwirtschaftskonferenz.

Gewaltige Rundgebung der Eisernen Front im Berliner Lustgarten



Blick auf die Massenversammlung im Lustgarten. — Die Beteiligung war so stark, daß ein großer Teil der Demonstranten gar nicht bis zum Lustgarten vordringen konnte, sondern in den Anmarschstraßen sich stautete.

Herriot sieht schwarz

Paris. Herriot beschäftigt sich in der „Ere Nouvelle“ mit der außenpolitischen Lage im allgemeinen und den letzten Ereignissen in Deutschland im besonderen. Er bezeichnet es als eine bemerkenswerte Tatsache, daß der französische Abwehrplan in Witwinow einen der besten Verteidiger gefunden habe und glaubt, daß das russisch-französische Nichtangriffsabkommen dabei eine gewisse Rolle gespielt hat. Deutschland manövriere weiter. Man werde sich darauf gefaßt machen müssen, daß es demnächst die qualitative und quantitative Gleichstellung der Rüstungen fordere. Das würde die Wiederaufrüstung Deutschlands bedeuten. Es sei also zu befürchten, daß Deutschland sich gegebenenfalls von jeder Kontrolle freimachen wolle, um eigene Wege in der Organisation im Innern und im Heer zu gehen.

Die Spannung zwischen dem Reich und Preußen sei sehr ernst. Die juristischen Auseinandersetzungen zwischen Aebnauer und Braun einerseits und Adolf Hitler und Papen andererseits ähneln auffallend irgendwelchen Begräbnisformalitäten. Für die deutsche Sozialdemokratie könne man alles befürchten. Hitler versuche, seine Gegner durch rasches Handeln zu schlagen. Es sei nicht daran zu zweifeln, daß er im Auslande unterstützt werde. Frankreich habe gerade in dieser Hinsicht eigentümliche Informationen erhalten. Südslawien und Polen seien außerordentlich beunruhigt. Es sei deshalb nicht übertrieben zu behaupten, daß die außenpolitische Lage zum mindesten sehr ernst sei und daß sie die französische Regierung und die Öffentlichkeit noch mehr als die Finanzlage beschäftigen müsse.

Neue japanische Offensive in Dschehol

Schanghai. Die chinesische Presse berichtet, daß am Donnerstag 11 Uhr die japanischen Truppen eine neue Offensive in der Provinz Dschehol eingeleitet haben. Die erste Kolonne von 2000 japanischen Kavalleristen stieß bei Suitung vor. Die zweite Kolonne von 4500 Mann, die von schwerer Artillerie unterstützt wird, geht in Richtung nach Kailu, die dritte in Stärke von 5000 Mann, die ebenfalls durch schwere Artillerie und Tankgeschwader unterstützt wird, rückt in Richtung Tjanschan vor.

Arbeitslose sollen Goldgräber werden

Ab 30. Juli keine Arbeitslosenunterstützung mehr in Chile. Santiago de Chile. Die chilenische Regierung hat beschlossen, am 30. Juli die Arbeitslosenunterstützung einzustellen und statt dessen die Arbeitslosen für die Goldsicherung in den Andenbergen aufzubereiten. Man rechnet damit, etwa 120 000 Arbeitslose auf diese Weise unterbringen zu können, was angesichts der Tatsache, daß Chile nur 4 Millionen Einwohner hat, eine sehr beträchtliche Zahl ist.

Amerika und das Südsee-Mandat

Washington. Die Regierung Hoover, die bekanntlich bisher scharf gegen die Absicht Japans, im Falle eines Austritts aus dem Völkerbund das Südsee-mandat mit allen Mitteln zu verteidigen, Stellung genommen hatte, scheint sich jetzt beruhigt zu haben. Dieser Stimmungsumschwung ist dadurch zu erklären, daß Hoover nur noch drei Wochen im Amte ist. Hohe Beamte des Staatsdepartements erwarten den Austritt Japans aus dem Völkerbund. Sie weisen darauf hin, daß die Regierung Roosevelts entschieden zur Fernostfrage Stellung nehmen müsse. Es ist zu erwarten, daß die Regierung Roosevelt eine enge Zusammenarbeit mit dem Völkerbund anstrebt wird.

Entführung des zweiten Kindes des Obersten Lindbergh angedroht

New York. Die Polizei verhaftete in Roanoke (Virginia) zwei Männer Bryant und Harven, die im Dezember dem Obersten Lindbergh brieflich Informationen über die Mörder seines Kindes anboten und dafür eine Entschädigung von 50 000 Dollar verlangt hatten. Es verlautet, daß in den Briefen die Drohung enthalten gewesen sei, daß anderenfalls auch das zweite Kind Lindberghs entführt werden würde. Lindbergh übergab die Briefe der Bundespolizei und hinterlegte, wie in den Briefen verlangt wurde, einen ersten Scheck auf 17 000 Dollar in einem von den Absendern angegebenen Baumstumpf in der Nähe von Roanoke. Die beiden Expreßler wurden verhaftet, als sie den Scheck in einer Bank in Roanoke einlösten.

Vampyre

Roman von Bert Oehlmann

3) Nach dem Abendbrot saßen sie noch ein Stündchen beisammen und Agnes mußte ganz ausführlich ihr Lebensschicksal berichten. Dann erhob sich Frau Spalding, geleitete das Mädchen in ein freundliches Zimmerchen, das sie einstweilen bewohnen sollte, und wünschte ihr herzlich, die erste Nacht unter ihrem Dache wohl und gesund zu verbringen.

Des Glückes voll, begab sich Agnes zur Ruhe, nichtahnend, wem sie sich in ihrer Gutgläubigkeit anvertraut hatte! — — —

Kommissar Brudmann vom Berliner Polizeipräsidium machte ein erstauntes Gesicht, als ihm Fred Robber gemeldet wurde. Dann aber huschte ein verstohenes Lächeln über seine Züge, und der Händedruck, mit dem er wenig später den Hereintretenden willkommen hieß, war überaus herzlich.

Robber! Vor Monatsfrist war dieser Name in aller Munde gewesen. Standen doch die Zeitungen voll von dem Aufsehen erregenden Prozeß, der in der Nordstraße K. gegen den Artisten Fred Robber geführt worden war. Es hatte schlimm ausgesehen um den Angeklagten. Drohten doch die Indizien ihn der Tat zu überführen. Da war es Brudmann in der letzten Stunde gelungen, den wahren Täter zu ermitteln. Endete somit der Aufsehen erregende Prozeß auch mit einem Freispruch für den der Tat fälschlich Beschuldigten, so hatten doch die Aufregungen und die lange Unterjochungshaft den Gesundheitszustand Robbers stark erschüttert. Da war es wieder Brudmann gewesen, der den von ihm Geretteten samt seinem kleinen Töchterchen zu einem befreundeten Försterehepaar auf's Land gebracht hatte, wo sich der Kränkliche erholen sollte. Das war vor vier Wochen gewesen.

Und nun erschien er auf dem Polizeipräsidium. Robber hatte sich erholt, das war das erste, was Brudmann feststellte. Es war doch ein glücklicher Gedanke gewesen, den be-mitleidenswerten Menschen zu den Ehrenträutern zu schicken!

Fred überbrachte herzliche Grüße seines Kindes und der greisen Förstereheleute, die der Kommissar nicht minder herzlich zu erwidern bat. „Doch kehren Sie nicht mehr ins Dorf zurück?“ schloß er fragend. Damit fiel ihm aber etwas anderes ein, denn ohne eine Antwort abzuwarten, fuhr er fort: „Waren Sie schon bei F. Schmitz, dem Agenten für Varietee und Zirkus? Ich traf ihn gestern und er erzählte mir, daß er Ihnen bereits geschrieben habe.“

Fred ergriff des Kommissars Hand und sah ihn dankerfüllt an. „Ich will erst zu ihm gehen, Herr Kommissar. Mein erster Weg geht Ihnen. Ich muß Ihnen danken für alles, was Sie an mir und meinem Kinde getan haben und — der Brief des Agenten beweist es mir — noch tun werden.“

„Kapperlapapp!“ lachte Brudmann fröhlich. „Ich habe nichts weiter getan, als den Agenten gefragt, ob er nicht Verwendung für einen erstklassigen Artisten habe, der durch ein Unglück aus seinem Beruf gerissen worden sei, diesen aber ganz gewiß wieder ergreifen würde, wenn das unter annehmbaren Bedingungen geschehen könne. Na, und es sollte mich nur freuen, wenn Schmitz nunmehr etwas Günstiges für Sie gefunden hätte. Ich würde es Ihnen dringend ans Herz legen, sofort zu ihm zu gehen. Er erwartet Sie!“

Fred machte sich zu Schmitz auf den Weg. Er hätte es bequem gehabt, mit der Untergrundbahn bis zur Friedrichstraße zu fahren. Trotzdem ging er zu Fuß, die Königsstraße hinab, am Schloß vorbei und dann die Linden hinab.

Aufrecht schritt er dahin. Der Gedanke, daß der Agent ihm Freudiges mitteilen könnte, erfüllte seine Seele mit neuen Hoffnungen am Leben. Je mehr er sich seinem Ziele näherte, um so stürmischer empfand er den Schlag seines Herzens.

An der Kranzlerede verhärtete er einige Augenblicke, umbravt vom Verkehr einer Millionenstadt. Unter seinen Füßen donnerte die elektrische Untergrundbahn, auf dem Asphalt stauten sich Autobusse, Kraftwagen und Motorräder, während auf den viel zu schmalen Fußsteigen eine nicht zu übersehende Menschenflut hin und herwogte. Der ewige, häßliche Rhythmus der Großstadt war es, der ihm hier brausend entgegenzuschlug.

Und dann stieg er die marmornen Treppen des eleganten Geschäftshauses empor, betrat ein nüchternes Büro und stand

plötzlich einem kahlköpfigen, kleinen Manne gegenüber, der ihn nach seinen Wünschen fragte.

„Ah,“ sagte er, „Sie sind Herr Robber! Wollen Sie, bitte, einen Augenblick Platz nehmen.“

Er schob dem Besucher einen Sessel hin und verschwand durch eine Nebentür.

„Bitte,“ erschien er nach wenigen Augenblicken wieder, „wollen Sie näher treten!“

Fred ging mit festen Schritten ins Nebenzimmer. Bei seinem Eintreten sah der besetzte Chef des Hauses flüchtig vom Schreibtisch auf, murmelte ein: „Stehe sofort zu Diensten!“ und schrie weiter.

Die Wände waren förmlich mit Plakaten und Photographien bekannter Sterne vom Zirkus-Varietee tapeziert. Nähergehend gewahrte Fred das Bild manches Kollegen, mit dem er vor vielen, vielen Jahren irgendwo zusammen engagiert worden war.

F. Schmitz wandte sich ihm bald zu. Er war der Typ eines nüchternen Geschäftsmannes, machte nicht viel Worte, ohne aber dabei unliebenswürdig zu sein, und ging ohne weitere Umschweife auf den Zweck seines Briefes los.

„Ihr Schicksal ist mir bekannt,“ führte er aus. „Wenn Sie Lust haben, Ihre frühere künstlerische Tätigkeit wieder aufzunehmen, bietet sich jetzt eine gute Gelegenheit. Was Sie leisten ist mir von früher her bekannt. Sie waren ja wohl nur in ersten Häusern? Jedenfalls können Sie sofort — das heißt am 1. Januar — ein Engagement beim „Taylor-Zirkus“ antreten. Es handelt sich in dem Zirkus um ein erstklassiges deutsch-englisches Unternehmen, das zur Zeit ein Tournee durch Griechenland und anschließend durch die Türkei unternimmt. Der Kontrakt läuft auf vorläufig sechs Monate bei einmaligem Auftreten pro Abend. Reise- und sonstige Speisen zu Lasten der Direktion. Die Monatsgage beträgt dreitausend Mark, von der fünf Prozent Provisionsgebühr an mich abzuführen wäre. Der Zirkus weilt bis zum 7. Januar in Athen. Sollten Sie den Kontrakt annehmen, müßten Sie sich schleunigst die nötigen Durchreisepässe beschaffen und schon morgen reisen.“

Fred Robber ging es wie ein Schlag durch den Körper. Hatte er sich auch einige Hoffnungen gemacht, auf eine derartige Glückseligkeit war er nicht gefaßt. (Fortf. folgt.)

